Jahresbericht jugendschutz.net

Rechtsextremismus im Internet 2002

Auftrag des Projektes ist es, Maßnahmen zur Bekämpfung rechtsextremer Webpropaganda zu entwickeln sowie medienpädagogische Konzepte für die Arbeit mit Jugendlichen und Lehrern zu dieser Thematik zu erproben.

Folgende Schwerpunkte waren in 2002 zentral:

1. Monitoring

Ein wichtiger und dauerhafter Bestandteil der Projektarbeit ist die kontinuierliche Beobachtung rechtsextremer Aktivitäten im Internet. Dies ist notwendig, um einen möglichst vollständigen Überblick zu behalten, neue Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und notwendige Gegenmaßnahmen zeitnah einleiten zu können.

Die Recherchen der Projektgruppe zeigten, dass rechtsextreme Websites und die dort verbreiteten Inhalte ein erhebliches Gefahrenpotenzial in sich bergen. Verkleidet als „Wolf im Schafspelz“ verschaffen sich Rechtsextreme durch die Nutzung von Web-Präsenzen einen modernen und attraktiven Anstrich. Bedürfnisse der jungen Generation werden gezielt bedient, indem Elemente integriert werden, die Jugendliche interessieren und die zu ihrem alltäglichen Leben gehören wie Musik, Spiele und Kommunikationsangebote. Mittlerweile existieren verschiedene Schnittstellen, an denen Jugendliche mit solchen Inhalten in Berührung kommen.

1.1 Entwicklungslinien der rechtsextremen Szene im Internet

Grundsätzlich ist im Bereich deutschsprachiger rechtsextremer Internetseiten schon seit einigen Jahren eine relativ hohe Fluktuation der Angebote festzustellen. Sehr häufig wechseln Anbieter – nicht selten zwangsweise nach einer Sperrung – den Provider und sind dadurch unter einer anderen URL im Netz erreichbar. Während einige Websites komplett verschwinden, entstehen zahlreiche neue Angebote. Trotz des beständigen Wandels existieren mittlerweile einige rechtsextreme Angebote im Internet, die über einen längeren Zeitraum unter der gleichen Adresse erreichbar sind und die scheinbar einen verhältnismäßig sicheren „Hafen“ gefunden haben. Neben Staaten wie den USA, die rassistische und neonazistische Thesen als freie Meinungsäußerung und Teil des politischen Diskurses schützen, ist z. Zt. der Pazifik-Staat Tokelau (Länderkennung: tk) beliebt. Eine bedeutende Rolle spielen in diesem Zusammenhang auch sog. rechtsextreme Szene-Provider wie Odinsrage, die ausschließlich Speicherplatz für Rassisten bereitstellen.

1.1.1 Funktionen

Homepages von Rechtsextremen dienen in erster Linie der Selbstdarstellung und zur Verbreitung rassistischen und neonazistischen Gedankenguts. Bei Angeboten aus dem Umfeld rechtsextremer Kameradschaften und regionaler Gruppierungen kommt hinzu, dass dort gezielt versucht wird, rechtsorientierte jugendliche Internetuser für Aktivitäten vor Ort zu mobilisieren. Lokal organisierten Rechtsextremen bietet sich mit dem Internet ein ideales Mittel zur Rekrutierung des „nationalen“ Nachwuchses - man unterbreitet konkrete Kontaktangebote und animiert per Webauftritt, sich dem nationalen Widerstand anzuschließen. Insgesamt wurden von den Projektmitarbeitern seit Beginn des Jahres 2002 61 neue Websites von Kameradschaften erfasst. In 19 Fällen wurden strafrechtlich relevante Inhalte präsentiert, davon 14 mal aus Deutschland.

Grundsätzlich spielt das Internet zur Vernetzung innerhalb der Szene eine wichtige Rolle. Neben der zentralen Bedeutung von Top- und Linklisten findet ein reger Bannertausch zwischen einzelnen Websites statt. Hinzu kommt als relativ neue Entwicklung die Existenz sogenannter Nationaler Kontaktbörsen zwecks Partnervermittlung innerhalb der rechtsextremen Szene.

Ein weiterer Teil rechtsextremer Websites dient dem kommerziellen Ziel des Vertriebs bestimmter Szene-Artikel. Dort besteht über das Internet die Möglichkeit, rassistische Musik, Devotionalien oder „revisionistische“ Schriften zu bestellen. Zahlreiche Szene bekannte Verände sind im Web vertreten.

1.1.2 Aktualität der Themen als Strategie

Die Instrumentalisierung tagesaktueller Ereignisse durch Rechtsextreme zum Zweck der Stimmungsmache hat Methode. Bereits im letzten Projektbericht ließ sich im Zusammenhang mit dem 11. September 2001 zeigen, wie schon kurz nach den Ereignissen in den USA auf deutschsprachigen rechtsextremen Websites antiamerikanische und antisemitische Hetze betrieben und der Schulterschluss mit Islamisten propagiert wurde. Dieses Motiv war auch im Jahr 2002 verstärkt vorhanden. Sowohl Maßnahmen gegen das Taliban-Regime als auch die Androhung eines Krieges gegen den Irak wurden mit plakativen Parolen wie „Terror ist ein Meister aus Amerika“ oder „USA, UNO, Nato, IWF - Die Achse des Bösen“ kommentiert. Mitte des Jahres fand sich auf der Website des Aktionsbüros Norddeutschland ein Bericht zum Amoklauf in Erfurt, in dem die Tat als systemische Folge des dauernden US-Imperialismus und einer daraus folgenden Perversion des deutschen Gesellschaftssystems gedeutet wurde.

Auf vielen Websites fanden sich regelmäßig Texte zu aktuellen innenpolitischen Fragen wie Arbeitslosigkeit, Sozialabbau oder auch dem geplanten Zuwanderungsgesetz. Hierbei wurden meist Ausländer als „Asylbetrüger“ oder „Sozialschmarotzer“ für gesellschaftliche Missetaten verantwortlich gemacht. In Zusammenhang mit aktuellen Affären (z.B. Finanzskandale, Bonusmeilenaffäre) wurden unterdessen die Regierungsparteien als „kriminelle Organisationen“ betitelt.

Für Jugendliche ist die vehemente Ablehnung gängiger politischer Auffassungen attraktiv, und die Radikalität von Rechts erscheint u. U. als geeigneter Ausweg aus der eigenen sowie der gesellschaftlichen Krise.

1.1.3 Gestaltung und Design

Grundsätzlich konnte im Projektverlauf 2002 eine Tendenz zur weiteren Professionalisierung der Web-Auftritte in technischer Realisation sowie multimedialer Gestaltung festgestellt werden. Immer mehr rechtsextreme Betreiber integrieren animierte Bilder, Musik oder Java-Applets in ihre Seiten. Vielfach werden Flash-Animationen als "belebte Logos" oder gelegentlich auch zur Darstellung kompletter Websites genutzt. Eine optisch professionelle und anspruchsvolle Gestaltung des Onlineauftritts macht Websites insbesondere für Jugendliche als Zielgruppe attraktiv und durch ihren Kontext gleichzeitig problematisch. Gegenwärtige Rezeptionsgewohnheiten werden gezielt bedient. Schickes Design und die Einbindung multimedialer Elemente dienen als Lockmittel, während eher „beiläufig“ rechtsextreme Inhalte vermittelt und neonazistische Hetze betrieben werden.

1.2 Nutzung unterschiedlicher Internet-Dienste

1.2.1 Kommunikationsplattformen am Beispiel uboot.com

Kommunikationsportale sind bei Kindern und Jugendlichen sehr beliebt, da sie viele Möglichkeiten eröffnen, mit anderen in virtuellen Räumen in Kontakt zu treten. Jeder angemeldete Nutzer gehört dabei zur Community. Im Frühjahr 2002 erhielt jugendschutz.net Hinweise darauf, dass die Kommunikationsplattform uboot.com dazu missbraucht wird, rassistische Propaganda zu verbreiten. Dies war Anlass, dieses Portal in einer exemplarischen Recherche zu untersuchen.

uboot ist eine Schnittstelle zwischen Mobilfunk und Internet und stellt zahlreiche Dienste rund um Handys (z.B. SMS-Versand, Logo-Download) zur Verfügung. Jeder User kann außerdem eine kostenlose uboot-Email-Adresse nutzen sowie sich eine sog. Nickpage inklusi-

ve Gästebuch individuell mit Texten, Bildern und Links ausgestalten. Dies ist gerade für die junge Generation reizvoll.

Im Rahmen der Recherche wurden auf vielen Nickpages rassistische Inhalte gefunden. Unter Namen wie Niggerhater, Kanackenkilner oder Judenvergaser integrierten User z.T. verbotene nationalsozialistische Symbole und verwendeten bereits in den Metabeschreibungen der Profile typische Parolen wie „*Deutschland den Deutschen, Asoziale raus*“ oder „*Heil Hitler! Es lebe die WaffenSS!*“. In Gästebucheinträgen fanden sich neben Grüßen an Gleichgesinnte auch Aufforderungen zur Gewalt gegen Gruppen wie Juden, Ausländer oder Schwule. Generell existierten Nickpages aus sämtlichen Bereichen rechtsextremer Subkultur. Insgesamt war im Bereich Rechtsextremismus eine starke Vernetzung der einzelnen Userpages untereinander festzustellen. Viele rechtsextreme Nutzer setzten in ihren Profilen teilweise auch externe Links auf unzulässige und potenziell jugendgefährdende Websites aus der rechtsextremen Szene.

Mitarbeiter des Projektes wiesen den verantwortlichen Betreiber der Plattform schriftlich auf die recherchierten und dokumentierten Verstöße hin und forderten ihn zu geeigneten Gegenmaßnahmen auf. Insbesondere wurde angefragt, warum eindeutig diskriminierende Nicknames wie Kanackenkilner oder Niggerhater nicht von vorneherein unterbunden werden. Daraufhin erhielt jugendschutz.net eine detaillierte Stellungnahme, in der uboot über die zwischenzeitlich eingeleiteten Schritte zur Verbesserung des Jugendschutzes informierte. Im einzelnen handelte es sich um folgende Maßnahmen:

- **forbidden nicknames:** uboot hat eine Liste von unzulässigen Wörtern aufgestellt, die bei der Registrierung von Nicknames nicht verwendet werden dürfen. Die im Schreiben an uboot aufgezählten Begriffe wurden in die Liste aufgenommen.
- **Überprüfung der Nickpage-Bilder:** uboot bemüht sich, alle nickpages auf rechts- und AGB-widrige Inhalte hin zu überprüfen, um diese dann gegebenenfalls zu löschen.
- **User mit Moderatorenstatus:** uboot hat 20 User mit speziellen Rechten als Moderator im Chat ausgestattet. Diese 20 User haben z.B. die Möglichkeit, andere aus dem Chat zu verweisen oder diesen den Zugang temporär zu sperren. Das uboot eigene Chatvip-Team steht dabei in ständigem Kontakt mit diesen Moderatoren.
- **Zusammenarbeit mit der Community:** nach Mitteilung von uboot gibt es viele User, die unzulässige Inhalte melden und dadurch für eine gewisse Selbstregulierung sorgen.

Aus Sicht von jugendschutz.net sind diese ersten Schritte positiv zu bewerten. Der Betreiber von uboot äußerte den Wunsch, zukünftig in Fragen des Jugendschutzes mit jugendschutz.net zu kooperieren.

1.2.2 Filesharing-Systeme

1.2.2.1 Entwicklung und Funktionsweise

In Anbetracht einer wachsenden Gemeinde an jugendlichen Nutzern stellt der vermehrte und relativ unproblematische Tausch aller Arten von Materialien über Peer-to-Peer-Netzwerke (P2P) ein besonderes Problem dar. In einer exemplarischen Recherche im Rahmen des Projektes sollte deshalb untersucht werden, inwieweit auch Dateien mit rechtsextremen bzw. rassistischen Inhalten dort vorkommen. Recherchiert wurde auf die drei zu diesem Zeitpunkt beliebtesten Filesharing-Diensten WINMX, KaZaA und Edonkey.

Wurde der Tausch von Daten bei Napster noch über einen zentralen Server gesteuert, arbeiten alle Nachfolger komplett dezentral. Dezentral strukturierte Dienste sind kaum zu kontrollieren und entwickeln sich sehr schnell zu Selbstläufern. Ist ein System erst einmal veröffentlicht, hat der Initiator des Dienstes nur noch wenig Einfluss auf dessen Entwicklung.

Die Ergebnisse der Untersuchung deuten darauf hin, dass Filesharing-Systeme mittlerweile vermehrt zum Tausch unzulässiger Dateien genutzt werden. Insbesondere die rechtsextreme MP3-Szene hat sich stark in den P2P-Bereich verlagert. Viele indizierte oder beschlagnahmte Lieder, die man auf einschlägigen rechtsextremen Websites aufgrund des erhöhten

Verfolgungsdrucks durch Behörden nicht mehr auffindet, können über diese Dienste problemlos heruntergeladen werden.

Im Falle des P2P-Vorreiters Napster hat jugendschutz.net in der Vergangenheit im direkten Kontakt mit dem Anbieter versucht, eine Sperrung unzulässiger Inhalte zu erreichen. Dieses Vorgehen führte zum Ausschluss zahlreicher strafbarer rechtsextremer Musiktitel aus dem Suchindex von Napster. Seit sich die dezentralisierten Systeme durchgesetzt haben, ist ein solcher Kontakt allerdings nicht mehr vielversprechend. Die Anbieter moderner P2P-Software ziehen sich in der Öffentlichkeit immer wieder auf den Standpunkt zurück, dass sie keinerlei Verantwortung für das haben, was über ihre Dienste ausgetauscht wird. Diese Sichtweise ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt durchaus nachvollziehbar – für ein Einschreiten mittels rechtlicher Sanktionen fehlt es an einer eindeutigen Gesetzesgrundlage.

Dennoch erscheinen weitere Gegenmaßnahmen dringend geboten. Beispielsweise könnten die Werbepartner der Filesharing-Dienste auf die bestehenden Missstände aufmerksam gemacht werden. Viele der werbenden Firmen dürften sicherlich nicht damit einverstanden sein, dass ihre Werbung eingeblendet wird, während der User gerade nach rassistischen Inhalten sucht. Druck von dieser Seite könnte ein Umdenken bei den Anbietern bewirken, da sich die Firmen in vielen Fällen nur über die eingeblendete Werbung finanzieren. Ein weiterer Ansatzpunkt ist die strafrechtliche Verfolgung von Usern, die strafbares Material über P2P-Dienste verbreiten.

2. Maßnahmen gegen rechtsextreme Internetangebote

Während der Projektzeit setzte jugendschutz.net vormals exemplarisch erprobte Verfahrenswesen zur Bekämpfung rassistischer Websites im In- und Ausland in größerem Maße um. Hierbei wurde insbesondere eine engere Kooperation mit deutschen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden gesucht, um Standardabläufe zu verkürzen und so ein schnelleres Beseitigen der Inhalte zu ermöglichen. Bei im Ausland gehosteten Angeboten wurde der direkte Kontakt mit ausländischen Dienste-Anbietern ausgebaut.

Im Laufe des Jahres erfassten die Mitarbeiter insgesamt 784 neue Adressen (URL), unter denen rechtsextreme Inhalte aufrufbar waren. In 354 Fällen wurden unter diesen URL unzulässige Inhalte eingestellt. Die Sammlung erfolgte per Handsuche in einschlägigen und Szene bekannten Gästebüchern, Foren, Top- und Linklisten. Als Quelle dienten außerdem 389 Beschwerden durch Internetuser über die Hotline von jugendschutz.net.

2.1 Vorgehen und Erfolge gegen deutschen Angeboten

Neben einer verstärkten Zusammenarbeit mit Host-Providern, um die Schließung von Angeboten mit rechtsextremem Inhalt zu veranlassen, ging es verstärkt darum, durch die Einleitung von Strafverfahren Druck auf Content-Provider auszuüben.

Konnte der Content-Provider nicht ermittelt werden, richteten sich weitere Maßnahmen gegen den deutschen Host-Provider als mittelbar Verantwortlichen. jugendschutz.net kontaktierte in diesen Fällen den deutschen Host-Provider direkt und forderte ihn zur Sperrung der Angebote auf.

Insgesamt wurden im bisherigen Projektverlauf bei 126 deutschen Web-Angeboten mit eindeutig unzulässigen Inhalten Maßnahmen ergriffen. In 115 Fällen ist es gelungen, die relevanten Inhalte aus dem Netz entfernen zu lassen.

In 58 Fällen wurden die Angebote an die zuständigen deutschen Behörden weitergeleitet. Dabei konnte die komplette Sperrung von 35 Web-Angeboten erreicht werden. In 12 Fällen wurden strafrechtlich relevante Inhalte verändert bzw. entfernt. 11 Websites sind derzeit unverändert online.

68 mal wurde ein Internetdienst direkt kontaktiert. Hierbei wurden die Angebote in allen 68 Fällen zeitnah gesperrt.

2.2 Vorgehen und Erfolge gegen ausländische Angeboten

Wurden Angebote anonym über ausländische Host-Provider ins Netz eingespeist oder andere ausländische Web-Dienste genutzt, kontaktierte die Projektgruppe von Beginn an in allen Fällen den Anbieter direkt und bat diesen um Herausnahme der Inhalte bzw. Sperrung des Angebots mit Hinweis auf einen Verstoß gegen seine AGB.

Im Regelfall wurden rechtsextreme Angebote bereits kurz nach Beschwerden von jugendschutz.net vom Host-Provider entfernt. Die Kommunikation mit direkten Ansprechpartnern erwies sich dabei als Vorteil. Die Tatsache, dass auch Provider, zu denen noch kein persönlicher Kontakt besteht, oftmals nach Hinweis die Inhalte zeitnah entfernten, weist auf eine wachsende Kooperationsbereitschaft hin, die in Zukunft ausbaufähig erscheint.

Lediglich ein geringer Teil von Host-Providern reagierte nicht auf die Beschwerden der Projektgruppe. Gerade in diesen Fällen scheint ein verstärkter Druck auf die Dienste angebracht. Hier könnten zukünftig im Rahmen von INACH auf internationaler Ebene vereint Kräfte mobilisiert werden.

Ingesamt wurden 2002 198 ausländische Web-Angebote als eindeutig unzulässig klassifiziert. In 58 Fällen ist es gelungen, diese Inhalte aus dem Netz entfernen zu lassen.

In 58 Fällen wurde der Dienste-Anbieter kontaktiert. Hierbei konnte 50 mal die Sperrung des kompletten Angebots erreicht werden, in zwei Fällen wurden die strafrechtlich relevanten Teile entfernt. 6 der Angebote sind derzeit unverändert online.

In 10 Fällen wurde ein Angebot an die Partnerhotline im Rahmen des europäischen Verbundes INHOPE weitergeleitet. In 6 Fällen erfolgte mittlerweile eine Schließung der Website, 4 Angebote sind unverändert online.

2.2.1 Unzulässige und Gesperrte Angebote – Tabellen (15.01. – 31.12.02)

Maßnahmen und Erfolge bei unzulässigen deutschen Angeboten

<i>unzulässige deutsche Angebote</i>	Weiterleitung an Behörde	Host-Provider direkt kontaktiert	Weiterleitungsdienst direkt kontaktiert	Gesamt
gesperrt	35	25	43	103
relevante Teile entfernt	12	-	0	12
unverändert online	11	0	0	11
Gesamt	58	25	43	126

Maßnahmen und Erfolge bei unzulässigen ausländischen Angeboten

<i>unzulässige ausländische Angebote</i>	Kontaktaufnahme mit dem Host-Provider	Weiterleitung an Partner-Hotline (INHOPE)	Gesamt
gesperrt	50	6	56
relevante Teile entfernt	2	-	2
unverändert online	6	4	10
Gesamt	58	10	68

Gesamtübersicht Maßnahmen und Erfolge bei unzulässigen Web-Angeboten

	unzulässige deutsche Angebote	unzulässige ausländische Angebote	Gesamt
nach Aktivität gesperrt oder relevante Teile entfernt	115	58	173
nach Aktivität unverändert online	11	10	21
Gesamt	126	68	194
z. Zt. in Bearbeitung	9	-	9
weiterhin online	-	61	61
offline ohne Aktivität d. Projektgruppe	21	69	90
Gesamt	156	198	354

3. Medienpädagogische Projekte mit Jugendlichen und Pädagogen

Frühere Erfahrungen aus medienpädagogischen Workshops mit Jugendlichen und Pädagogen zum Problembereich Online-Hate hatten deutlich gemacht, dass es in diesem Bereich einen großen Bedarf an Weiterbildung und Informationen gibt. Deshalb blieb die konzeptionelle Entwicklung, Durchführung und Auswertung medienpädagogischer Veranstaltungen zu diesem Thema wichtiger Bestandteil des Projektes. Es ging vor allem darum, in Seminaren Perspektiven des päd. Umgangs mit rassistischen, neonazistischen oder diskriminierenden Inhalten zu entwickeln und Wege aufzuzeigen, wie man mit Jugendlichen in eine kritische Auseinandersetzung zu derartigen Thesen und Argumentationsmustern eintreten kann.

Insbesondere Lehrer werden zunehmend mit der Problematik rechtsextremer Webpropaganda konfrontiert. Schüler kommen bei der Nutzung des Internets – privat oder zu schulischen Belangen – mit rassistischen Inhalten in Kontakt. Vielfach sind Musikgruppen aus der rechtsextremen Szene sowie einschlägige Websites bekannt. Lehrer registrieren diesen Bekanntheitsgrad unter Schülern, stehen dem Phänomen jedoch hilflos gegenüber. Sie berichten davon, dass Schüler im Web nur in seltenen Fällen Inhalt und Quelle eines Textes hinterfragen. Gerade rechtsextreme Propaganda-Versuche treffen an dieser Stelle auf fruchtbaren Boden - einfache Argumente, typische Stammtischparolen oder sog. „revisionistische“ Thesen zur Geschichte des deutschen Nationalsozialismus werden von jungen und ungeübten Lesern als historische Wahrheiten und die Quellen als verlässlich akzeptiert.

Dieser Notwendigkeit zur Durchführung von themenspezifischen Schulungen für Pädagogen sowie Seminaren mit Jugendlichen wurde im Rahmen der medienpädagogischen Arbeit der Projektgruppe verstärkt Rechnung getragen. Die Mitarbeiter des Projektes führten im Jahr 2002 etwa 40 Weiterbildungsveranstaltungen durch.

Außerdem hatte die Projektgruppe im Jahr 2001 eine sehr ausführliche und umfassende Handreichung für Lehrer und Pädagogen erstellt. In Form einer CD-ROM waren Recherche- und Analyseergebnisse sowie pädagogische Modelle und didaktisch-methodische Materialien zur Auseinandersetzung mit Rassismus im Web zusammengestellt und im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlicht worden. Die erste Auflage i.H.v. 5000 Exemplaren war bereits Anfang des Jahres 2002 vergriffen, daraufhin wurden 2500 Exemplare nachgepresst. Der Bedarf an praktischen Materialien ist unverändert groß, so dass eine ergänzte und aktualisierte Auflage der CD angebracht erscheint. Während des laufenden Projektes wurden hier bereits erste Ideen entwickelt.

Eine konkrete Umsetzung einer Neuauflage der CD-ROM soll im Jahr 2003 erfolgen.

4. Internationale Zusammenarbeit

Das Internet ist ein internationales Medium mit grenzüberschreitender Zugänglichkeit. Je mehr die damit verbundenen Möglichkeiten dazu missbraucht werden, unzulässige und jugendgefährdende rechtsextreme Inhalte anonym aus dem Ausland ins Netz einzuspeisen, desto wichtiger werden Kooperationen mit dem Ausland.

Auf europäischer Ebene gibt es zwar Bestrebungen, die Gesetzeslage anzugleichen, allerdings existiert bislang weder eine Bündelung der Aktivitäten von antirassistischen Organisationen und Initiativen noch Ansätze für eine praktische Durchsetzung kodifizierter Vereinbarungen. An dieser Stelle könnte zukünftig das International Network Against Cyber-Hate (INACH) eine besondere Rolle einnehmen. Im Rahmen der antirassistischen Netzwerkarbeit bieten sich neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und zum Erfahrungsaustausch. Hierbei könnte es darum gehen, Klassifizierungen rechtsextremer Inhalte und Verfahren im Umgang mit derartigen Angeboten zu vereinheitlichen. In Fällen transnationaler rechtsextremer Web-Propaganda wie bei Gary Lauck, Szene-Providern oder großen revisionistischen Web-Angeboten könnte man versuchen, gemeinsam öffentlichkeitswirksam Druck auf Provider auszuüben und konzertiert die Problematik bislang sicherer sog. Digital Havens anzugehen.

5. Fazit

Insgesamt zeigen die Ergebnisse des Projektes, dass es sich bei rechtsextremen Aktivitäten im Internet nicht um ein vorübergehendes Phänomen handelt. Trotz vieler Erfolge der Projektgruppe bei der Sperrung von unzulässigen Angeboten wurde erneut klar, dass langfristig angelegte und abgestimmte Maßnahmen auf allen relevanten Ebenen zur nachhaltigen Bekämpfung von rechtsextremer Web-Propaganda unerlässlich sind. In den vergangenen beiden Projekten wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen und der Weg für eine erfolgreiche Weiterarbeit geebnet.